

Basler Appell gegen Gentechnologie
Postfach
4013 Basel



30. November 2010

Medienmitteilung

«Basler Deklaration» will freie Bahn für Tierversuche

Die heute veröffentlichte «Basler Deklaration», die vom Verein Forschung für Leben mit tatkräftiger Unterstützung der Industrie lanciert wurde, birgt keine Überraschung. Die ForscherInnengemeinde lamentiert über angeblich zu strenge Reglementierungen seitens des Gesetzgebers und empört sich über eine massive Behinderung der Forschung durch das Tierschutzgesetz. Der Basler Appell gegen Gentechnologie kritisiert die Panikmache von Industrie und Forschung.

An einer zweitägigen Konferenz in Basel haben 80 ForscherInnen die Notwendigkeit von Tierversuchen für die Grundlagenforschung verfochten. Anlass ist eine neue Tierschutzdirektive der EU. Die Schweizer VertreterInnen sehen auch durch eine bundesgerichtliche Entscheidung aus dem Jahr 2009 die Forschungsfreiheit in Gefahr. Damals wurden in Zürich zwei Versuche an Rhesus-Affen verboten. Diese Angstmache ist eine masslose Übertreibung, denn das Gericht hat klargestellt, dass damit längst nicht alle Tierversuche in der Schweiz verboten sind. Auch angesichts der horrenden Zahlen von Versuchstieren sind die Bedenken der Forscher absurd: 2009 wurden in der Schweiz insgesamt 706 104 Versuchstiere «verbraucht», davon entfallen allein 310 907 auf die Grundlagenforschung. Da sind wohl die zwei aus Gründen des Tierschutzes verbotenen Versuche keine Bedrohung der Grundlagenforschung in der Schweiz.

Beim Protest der «Basler Deklaration» geht es um etwas anderes: Die ForscherInnengemeinde will auf keinen Fall strengere Rahmenbedingungen akzeptieren. Sobald es eine Diskussion über gesetzliche Regelungen gibt, treten die Betroffenen meist mit kräftiger Finanzhilfe der Industrie auf die Barrikaden und zeichnen ein Schreckensszenario: Es sei kein medizinischer Fortschritt möglich, Krankheiten könnten nicht mehr erforscht werden, die Gesellschaft würde darunter leiden und vor allem sei der Forschungsplatz Schweiz in Gefahr. So will man jetzt die gesetzlichen Regelungen für den Tierschutz wieder lockern.

Der Basler Appell gegen Gentechnologie warnt davor, den Forderungen aus Industrie und Forschung nachzugeben. Vielmehr muss das Tierschutzgesetz konsequent angewendet werden. Gesetzliche Rahmenbedingungen müssen auch ethischen Erwägungen Rechnung tragen und dürfen nicht den Wünschen einzelner Forschenden oder den finanziellen Interessen der Industrie angepasst und entsprechend aufgeweicht werden. Es gibt keine ernst zu nehmenden Hinweise darauf, dass der Forschungsstandpunkt Schweiz in Gefahr wäre, nur weil der Gesetzgeber zugunsten zweier Affen entschieden hat.

Der Basler Appell gegen Gentechnologie sieht auch seine Bedenken hinsichtlich einer einseitigen Forschungsförderung bestätigt. Die an den Schweizer Universitäten verwendeten Beträge für Tierversuche belaufen sich auf jährlich hunderte von Millionen Franken, einen guten Teil davon trägt die öffentliche Hand. Laut der Eidgenössischen Finanzkontrolle kostet allein die Haltung der Versuchstiere die Steuerzahler jährlich 82 Millionen Franken. Hingegen beträgt das jährliche Budget für die Entwicklung von Alternativen zu Tierversuchen gerade mal 800'000 Franken.

Der Basler Appell gegen Gentechnologie verlangt die konsequente Einhaltung des Tierschutzgesetzes und ruft dazu auf, die Entwicklung von Alternativmethoden ausreichend zu unterstützen.

Für Rückfragen: Pascale Steck/Gabriele Pichlhofer, Basler Appell gegen Gentechnologie,
T 061 692 01 01 (Mo/Mi 14-17 Uhr, Di/Do/Fr 10-13 Uhr)